

CORONA FIEL NICHT VOM HIMMEL

URSACHEN. FOLGEN. KÄMPFE.



COVID-19 sorgt für eine der größten Krisen unserer globalisierten Welt, die auch in Deutschland direkt spürbar wird.

Diese verstärkt die Missstände und Fehlfunktionen des kapitalistischen Wirtschaftssystems und beeinflusst unser Leben, wie wir es bisher kannten, massiv:

Tausende Todesfälle, Veränderungen zwischenmenschlicher Beziehungen, Digitalisierung unseres Lebens, Zunahme von Überwachung und Kontrolle, existenzielle Zunahme sozialer Ungleichheit...

Nachdem die gefürchtete 2te Welle, auch aufgrund wirtschaftlicher Lockerungen, nicht wie erhofft ausblieb, sondern voll einschlug, wurde daraufhin ein Lockdown Light beschlossen, der zum Wohle der Wirtschaft nur Freizeitaktivitäten und Kultur verbot. Da dieser die steigenden Infektionszahlen jedoch nicht stoppen konnte, befinden wir uns erneut in einem Lockdown, der jedoch anders als der Shutdown im März 2020, wo (fast) nur in systemrelevanten Betrieben gearbeitet wurde, das Lohnarbeiten in den meisten Wirtschaftsbereichen zulässt. Soziale Kontakte werden dabei dort nicht eingeschränkt, wo der Staat es braucht: Bei der Lohnarbeit oder auf dem Weg dorthin. Diese unzureichenden Maßnahmen verlängern die Pandemie aber nur, anstatt sie zu beenden, und gefährden unser Leben.

★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★

Diese Pandemie hat einmal mehr gezeigt, dass wir uns auf den Staat nicht verlassen können.

Dabei zeigen sich mit der Corona Pandemie klar die Konstruktionsfehler einer profitorientierten globalisierten Wirtschaft unter dem Motto Wachstum um jeden Preis. Ein Grund für das immer häufigere Auftreten von Pandemien liegt im System. Dieses zwingt Menschen dazu, immer weiter in unerschlossene Gebiete vorzudringen. Wenn Ökosysteme durch den Eingriff des Menschen zerstört und Wildtiere

Die Strategie, die Pandemie zu kontrollieren, ist gescheitert. Sie hat das Leben dauerhaft eingeschränkt und dennoch Millionen Infektionen und Zehntausende Tote gebracht.

Durch individuelle Schuldzuweisungen an die Menschen, die durch ihr Verhalten verantwortlich für das Unglück seien, sorgt der Staat mit irgendwelchen Debatten dafür, dass eine Analyse über die Ursachen der Pandemie und der Umgang damit, erst gar nicht aufkommt. Die eigentliche Ursache, die diese Pandemie erst ermöglicht hat, bleibt unbeachtet und vernachlässigt. Das System bleibt unangetastet und die Bestrebung dies grundlegend ändern zu müssen, wird somit konsequent aus der Debatte rausgehalten.

Dies wollen wir ändern und hiermit Position beziehen sowie eine andere Perspektive aufzeigen.

★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★

verdrängt oder gewildert werden, gelangen Viren in die Nähe des Menschen. Massentierhaltung, Tiertransporte, Urbanisierung und der globale Handel befördern diesen Prozess. Die Krise ist somit auch eine Folge unserer Naturzerstörung und unseres ausbeuterischen Umgangs mit den Lebewesen dieses Planeten.

Die Regierungen versuchen nun als Antwort auf das rasante Ausbreiten des Virus in erster Linie die Profite von Konzernen zu schützen, anstatt den Menschen unter die Arme zu greifen.

Rettungspakete für Konzerne: Der Schutz und die Unterstützung von Lohnarbeitenden bleibt auf der Strecke

Durch den Endlos Lockdown kommen ganze Sektoren des öffentlichen Lebens zum Stillstand. Millionen von Menschen sind direkt von Kurzarbeit oder Entlassungen betroffen. Viele Menschen blicken aufgrund finanzieller Probleme in eine mehr als unsichere Zukunft. Während der öffentliche Sektor in Deutschland Jahrzehnte lang durch Privatisierung kaputt gespart wurde, schnüren Politik und die EZB immer neue Rettungspakete und machen Billionen für Konzerne locker. Der Großteil dieser Maßnahmen dient dem Erhalt der seit längerem schwächelnden Wirtschaftsleistung und wird aus Steuergeldern finanziert. Diese Lösung der Regierung zeigt wo die Prioritäten liegen: Milliarden für Konzerne, damit diese weiterhin profitable Dividenden an ihre Aktionäre ausschütten können. Bestes Beispiel sind hier die staatlichen Unterstützungshilfen für die Automobilindustrie sowie die Lufthansa, die in Zeiten der Klimakrise nicht einmal an umwelt- und sozialpolitische Auflagen gekoppelt wurden. Gleichzeitig setzen Kündigungen tausende Arbeiter*innen vor die Tür, lassen sich Konzerne das Kurzarbeitergeld vom Staat bezahlen und werden Arbeitszeitkonten ins

Minus gefahren. Radikale Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen in allen Branchen werden folgen. Auch die Umgehung des Kündigungsschutz, die letzten Überreste eines Sozialstaats sowie die erkämpften Arbeiter*innen-Rechte werden wohl bald auf die Agenda wirtschaftlicher Interessen kommen. Dies alles geht Hand in Hand mit den schon lange geforderten Steuererleichterungen für Unternehmen. Diese Krise soll zu einer weiteren Umverteilung von unten nach oben genutzt werden. Geld, das laut Olaf Scholz für die Rettung von Unternehmen ausreichend zur Verfügung steht, wird verweigert, wenn es um die Gesundheit und die Existenzsicherung der Arbeiter*innen geht. Es passt blendend ins Bild, dass es seit Corona weltweit 31 Milliarden mehr gibt. Das Vermögen der 10 reichsten Menschen ist seit 2019 um fast eine halbe Billion angestiegen. Und die Börse verzeichnet zum Jahreswechsel Rekordwerte. Was sehr gut aufzeigt, wie sehr der Kapitalmarkt von jeglicher Lebensrealität der Arbeiter*innen und einfachen Menschen entkoppelt ist. Diese werden immer weiter abgehängt. Die Profitgier des Kapitals kennt keinen "Shut Down".



Die Produktion muss weiter gehen

Dabei ist ja ein wesentlicher Grund für die Infektionszahlen die Tatsache, dass die Bekämpfung der Pandemie nicht besonders strikt ausfällt. Eingeschränkt wird vor allem das Privatleben und der Kulturbereich.

Um Unternehmen nicht zu stark zu belasten, wird (auch während dieses Lockdowns) in Büros und Fabriken weiter gearbeitet und infiziert. Ebenso blieben Schulen und Kindergärten möglichst lange offen. Nicht aber um die Kinder zu bilden, sondern damit Eltern zur Arbeit gehen können. Den wirtschaftlichen Interessen entsprechend, handelt sich die Corona-Politik fimmer entlang des Infektionsgeschehens, um dieses gerade noch so unter Kontrolle zu halten – oder eben auch nicht.

Was wir momentan tun dürfen, ist arbeiten und konsumieren - die systemrelevanten Tätigkeiten im Kapitalismus. Die Wirtschaft muss laufen. Der Markt muss geschützt werden. Die Produktion weiter gehen.

Obwohl mehr Autos für die Gesellschaft nicht wichtig sind, hat deren Produktion Priorität vor Menschenleben. Die Räder der Fabriken dürfen niemals stillstehen.

Es ist schon sehr seltsam: Wenn 5 Arbeiter*innen im selben Büro sitzen ist dies erlaubt, wenn sie aber nach dem Ausstempeln zusammenkommen,

ist dies ein Verstoß gegen das Infektionsschutzgesetz.

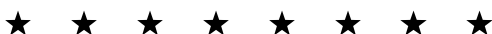
Die Unternehmens-Lobby hat in den letzten Tagen klargestellt, dass sie weiterhin wirtschaftliche Interessen über das Leben vieler Menschen stellen wird. Laut dem Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft "gibt es keinen absoluten Lebensschutz".

Das System muss gerettet werden, die Proftimaschinerie muss laufen, egal wie viele Menschen dafür sterben.

Maßnahmen können aber logischerweise nicht erfolgreich sein, wenn sie nur auf die Freizeit konzentriert sind, aber die Arbeitszeit ausnehmen.

Wir müssen die gesellschaftlich nicht dringend erforderlichen Bereiche der Wirtschaft für eine kurze Zeit stilllegen. Wichtig ist, dass die Beschäftigten die Maßnahmen in den Betrieben selber gestalten und gemeinsam durchsetzen.

Anstatt eines Schutzschirms für die Wirtschaft brauchen wir einen Schutzschirm für die Beschäftigten. Niemand darf gekündigt werden, niemand soll krank zur Arbeit gehen. Wir brauchen uneingeschränkte Lohnfortzahlung für alle, anstatt ein Investitionsprogramm, welches ein Wirtschaftssystem künstlich am Leben hält, das auf der Ausbeutung von Mensch, Tier und Natur beruht.



Das Gesundheitssystem in der Krise

Auch das Gesundheitswesen wurde über Jahrzehnte systematisch kaputt gespart. Es wird schon seit langem nach Profitinteressen ausgerichtet und nicht nach den Bedürfnissen der Menschen. In unserer neoliberalen Gesellschaft ist der Marktdruck und die Sortierung von Menschen in Klassen natürlich auch in der Gesundheitsversorgung angekommen. Obwohl die Krankenhausversorgung zur Daseinsvorsorge gehört, verpflichtet der Gesetzgeber die Krankenhäuser dazu, gewinnorientiert zu wirtschaften. In den öffentlichen Einrichtungen verschlechtert sich daher die Versorgung.

Schon im normalen Tagesgeschäft sind die Intensivstationen Tag für Tag bereits überfordert. Schuld daran ist eindeutig die am Gewinn orientierte Finanzierung durch Fallpauschalen. Pflegekräfte sind dadurch vor allem

lästige Kosten. Überlastung und Stress sind für viele Beschäftigte der Normalzustand. Nun sollen die Beschäftigten die katastrophale Überlastung des Gesundheitssystems ausbaden. Denn die von der Regierung angekündigten Maßnahmen sind völlig unzureichend. Die Beschäftigten in der Pflege benötigen mehr als Dankbarkeit und Scheinreformen.

Eine angemessene Bezahlung ihrer Sorgetätigkeit ist längst überfällig. Zudem braucht es die Inbetriebnahme stillgelegter Kliniken und Neueinstellungen von Kolleg*innen. Die Versorgung von Menschen muss wieder Hauptaufgabe des Gesundheitssystems sein. Menschen zu helfen, ist der Zweck eines Gesundheitssystems, nicht Profite für private Krankenhauskonzerne zu erzielen. Seien wir solidarisch. Unterstützen wir die Streiks und die Forderungen der Arbeiter*innen.



Angriff auf unsere Grundrechte

Wir müssen nicht nur das staatliche Versagen im Gesundheitssystem ausbaden, sondern es werden auch unsere Freiheitsrechte immer weiter eingeschränkt. Regierungen benutzen die Pandemie, um noch mehr Kontrolle, Überwachung und Reglementierung in unseren Gesellschaften durchzusetzen.

Mit Verboten und Geboten greift der Staat massiv in unseren Alltag ein. Bestimmte Maßnahmen wie das Tragen von Masken, Abstandsregelungen und Hygienemaßnahmen sind in Zeiten einer Pandemie durchaus sinnvoll. Dennoch ist erhöhte Wachsamkeit gefordert, denn was einmal politisch als Handlungsoption durchgesetzt ist, kann zu einem späteren Zeitpunkt immer wieder angewandt werden, auch wenn das Virus irgendwann seine Brisanz einbüßen wird:

Vorratsdatenspeicherungen, Telekommunikationsüberwachung zur Erfassung von Bewegungsmustern, erweiterte Polizeibefugnisse, Grenzschießungen, Ausgangssperren, Kontaktverbote, Eingriffe in alle Lebensbereiche der Menschen. Zudem wird immer wieder versucht, Freiheitsrechte wie die Versammlungsfreiheit oder Streiks einzuschränken. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Coronakrise zum Freifahrtschein für die Aushöhlung demokratischer Rechte und für die Überwachung durch den Staat wird. Auch dürfen wir nicht zulassen, dass rechtsextremistische Kräfte und Verschwörungserzähler das Thema für sich vereinnahmen und für die Verbreitung ihres rassistischen und antisemitischen Gedankenguts nutzen.



Echte Solidarität ist gefragt!

All diese Maßnahmen werden mit einem plötzlich viel beschworenen Zusammenhalt und einem falschen Verständnis von Solidarität gerechtfertigt. Wir seien plötzlich alle gefragt, diese Krise gemeinsam zu bewältigen, alle müssen Opfer bringen – vom Milliardär, über den Lohnabhängigen, bis zum Obdachlosen. „Gemeinsam durch die Krise.“ Dabei wird diese Krise doch wieder nur auf die Lohnabhängigen abgewälzt. Eben jene Leute, die den Laden am laufen halten und die diese Krise nicht verursacht haben. Es sollte klar benannt werden, dass Solidarität das Gegenteil von dem ist, was die innerste Triebkraft des Kapitalismus ist. Dieses System ist auf Profitgier, Egoismus und Rücksichtslosigkeit aufgebaut. Die Politiker*innen, die jetzt Solidarität und Zusammenhalt predigen, vertreten eine Politik, die eine dauerhafte und tief gehende Spaltung der Gesellschaft forciert hat und auch weiterhin forcieren wird. Wie groß die Solidarität denn ist, zeigt sich unter anderem beim Impfstoff, der natürlich ein Privileg der Reichen ist: Mehr als die Hälfte der Impfstoffe wurde bereits reserviert - von wenigen Ländern, die zusammen genommen lediglich 14% der Weltbevölkerung ausmachen.

In einigen Ländern werden viele Menschen voraussichtlich bis 2024 auf die wichtige Impfung warten müssen. Auch wurden die Covid-19-Impfstoffe teilweise oder fast vollständig mit Milliarden an Steuergeld finanziert. Erst als Regierungen die entsprechenden Finanzierungen zusagten, machten sich Pharmakonzerne an die Arbeit.

Während wir als Gesellschaft die Kosten der Entwicklung mittragen, werden die Profite die Konzerne alleine einstecken. Dabei müssen Impfstoffe doch der privaten Profiterzielung entzogen werden. Und während von Medien und Regierung ein nationales Zusammengehörigkeitsgefühl suggeriert wird, werden die ärmsten der Armen an den EU Außengrenzen ihrem Schicksal selbst überlassen.

Die EU nutzt die Coronakrise aus, um sich weiter abzuschotten und Repressionen gegen schutzsuchende Menschen zu erhöhen. Auch im Inland wird die Situation für Menschen in prekären Lebenssituationen immer schwieriger. Besonders hart trifft es Obdachlose, Geflüchtete und Gefangene. Sie können sich kaum isolieren, viele haben Vorerkrankungen und gehören deshalb selbst zu einer Risikogruppe.



Es ist Zeit für ein gutes Leben für alle

Dies alles darf nicht widerstandslos hingenommen werden. In Zeiten von Corona brauchen wir mehr denn je eine antikapitalistische Perspektive.

Wir haben jetzt die Chance weiter zu denken: Krisen haben immer auch das Potenzial, gesellschaftliche Kräfteverhältnisse drastisch zu verändern und eine bestehende Ordnung infrage zu stellen. Nicht Wirtschaftswachstum, "immer mehr haben" und Gewinnmaximierung gehören in den Mittelpunkt, sondern die Sorge um die Mitmenschen. In der Krise zeigt sich deshalb auch die Möglichkeit eines guten Lebens für alle, jenseits von Profit, Wachstum und Naturzerstörung.

Wir wollen in einer Gesellschaft leben, die auf Sorgearbeit, regionalem Wirtschaften und naturschonender Produktion basiert und nicht auf Konkurrenz und Ausbeutung.

Wir müssen uns zusammentun und nach Möglichkeiten suchen, die Auswüchse der Krise abzuwehren. Und zwar jetzt! Die Krise darf nicht auf unserem Rücken ausgetragen werden! Gegenseitige Hilfe, Unterstützung und Solidarität sind Antworten, die der Krise etwas entgegenstellen können. Lasst uns gemeinsam den Kapitalismus überwinden und eine neue Welt aufbauen, fernab von Gier, Ausbeutung und Herrschaft.

Make the rich pay!

La Resistance

**Für eine solidarische, befreite Gesellschaft.
Für eine Gesellschaft ohne Kapitalismus,
ohne Rassismus, ohne Antisemitismus
und ohne Patriarchat!**



Mehr Infos unter

Homepage: www.lara.noblogs.org

Email: larainfo@mail36.net

Facebook: www.facebook.com/ingolstadtlara

Infoabend

Jeden 2ten Donnerstag

Schreibt uns bei Interesse auch gerne an